



Weltarmutstag - Feiertag für Reiche

Zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Armut äussert sich die Vorsitzende der Partei DIE LINKE Katja Kipping:

1995 waren in Deutschland rund zwölf Prozent von Einkommensarmut betroffen. Nun sind es schon 16 Prozent. Dauerhaft armutsgefährdet waren 1995 rund fünf Prozent der Bevölkerung, nun sind es fast neun Prozent. Besonders von Armut betroffen sind Erwerbslose, fast 60 Prozent, aber auch jeder zehnte Erwerbstätige und jedes fünfte Kind. Die Haushalte in der unteren Hälfte der Vermögensverteilung verfügen nur über rund ein Prozent des gesamten Nettovermögens,

während die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens besitzen. Anlässlich des Weltarmutstages erklärt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE.

Wie lange noch ist der Weltarmutstag ein Feiertag für Reiche? Verteilungsgerechtigkeit muss in den Mittelpunkt der Politik rücken, weil nur mit ausreichender materieller Absicherung ohne Wenn und Aber ein Leben in Würde möglich ist. Sie ist Voraussetzung dafür, dass sich jeder Mensch frei entwickeln kann und Solidarität möglich ist. Eine krasse Ungleichverteilung wie im reichen Deutschland ist der Nähr-

boden für Missgunst und Entsolidarisierung.

Aktuell stehen die Verhandlungen zum Jamaika-Koalitionsvertrag an. Wenn auch nur eine der beteiligten Parteien an der bestehenden Armut etwas ändern wöllte, sollte sie einen Mindestlohn von 12 Euro, eine sanktionsfreie, individuelle Mindestsicherung, eine Mindestrente und ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG von derzeit 1050 Euro netto sowie eine eigenständige Kindergrundsicherung in Höhe von 573 Euro einbringen und durchsetzen. Finanzierbar ist das alles, wenn man keine Umverteilung von oben nach unten scheut.~

aus dem	Unterschriften gegen Müllsatzung.....	S. 2
Inhalt:	BI ProKitas-Neumark.....	S. 3
	Briefe.....	S. 5
	Nach der Wahl.....	S. 6



"DA HABE ICH DOCH DIE FALSCH E PARTEI GEWÄHLT!"

Landesdirektion ignoriert Bundesrecht!

Wie zu befürchten war, von der zuständigen Rechtsaufsicht, der Landesdirektion Sachsen kommt keine Hilfe für die von uns geforderte Rücknahme der „Abfallwirtschaftssatzung des Vogtlandkreises“. Ich verstehe die Forderung zur Schaffung einer einheitlichen Abfallwirtschaftssatzung für das gesamte Vogtland. Die Kreisfreiheit für die Stadt Plauen wurde nun mal vor Jahren aufgehoben. Viele sagen: Leider! Ob es trotzdem rechtliche Möglichkeiten gäbe, für die Stadt Plauen gesicherte Abweichungen festzulegen, weil ja dort wesentlich andere Bedingungen bestehen als im übrigen Vogtland, sollte vielleicht noch mal geprüft werden. Nun liegt aber eine von einer Mehrheit im Kreistag beschlossene Satzung vor. Und die ist eben nach meiner Meinung zu korrigieren, also zunächst zurück zu nehmen und dann neu zu gestalten. Deshalb haben der Kreisvorstand und die Kreistagfraktion diese beiden Forderungen in eine Petition an den Landrat gefasst. Zusätzlich hat die Fraktion die Landesdirektion aufgefordert, diese Satzung zu prüfen. Obwohl unsere Fraktion auf 5 Seiten umfänglich die Kritikpunkte darlegte, ignorierte die LD diese Hinweise. Empörend deren Antwort. So behaupten sie, dass ihnen wegen des

„Neutralitätsgebotes“ verwehrt sei, einer Partei oder Kreistagsfraktion oder einzelnen Kreisräten Detailauskünfte zur Ausübung der Rechtsaufsicht zu erteilen. Sie behaupten auch, dass es keine das Gesetz verletzende Tatsache gäbe. Im §32 des Bundesgesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft ..., das nun mal zu beachten wäre, steht aber die verbindliche Formulierung „ist die Bevölkerung... zu beteiligen“ und „der Entwurf des neuen oder geänderten Abfallwirtschaftsplanes ... sind einen Monat zur Einsicht auszulegen“. Auch hinsichtlich der vorgesehenen flächendeckenden Einführung von Biotonnen gibt es erhebliche Abweichungen zwischen Bundesrecht und der beschlossenen Konzeption. Ich frage mich, wie kann eine staatliche Behörde so die Augen vor höherem Recht verschließen? Wohin führt diese Gutsherrenart von LD und Landrat?

Nun haben wir also sicher über 2000 Unterschriften für unsere Petition erhalten. Weil wir vor unserem Tisch auch weithin sichtbar Aufsteller mit dem Hinweis auf unser Anliegen stellten, kamen die meisten Bürger von sich aus, also ohne dass wir jeden Einzelnen erst ansprechen mussten! Wir

erfahren in Treuen und Lengenfeld, aber auch bei Einzelgesprächen im Wohnort sehr viel Zustimmung und Danksagung für unsere Initiative. Das war so ermutigend! Obwohl das Logo DIE LINKE auf den Listen überdeutlich war, hat sich kaum jemand gestört. Die übergroße Verärgerung über die da oben, die ja trotzdem machen was sie wollen, war schon beängstigend. Falls die Möglichkeit bestanden hätte, alle Vogtländer zu befragen, ich meine, mindestens 90% hätten – zumindest im Landkreis – unterschrieben. Schade nur, dass wir als Partei dieses Mittel zu ungenügend genutzt hatten.

Einige Aussagen: „Der Landrat sollte sich was schämen“, „da muss ich sogar bei den Linken unterschreiben“, „wir werden ja nicht gefragt, wie früher“, „meckern tun viele, aber Sie machen etwas Gutes“, „was haben wir bloß für Volksvertreter?“ Und – siehe oben!

Peter Jattke



Für eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
16. November 2017

Sendet uns eure Beiträge an: redaktion@dielinke-vogtland.de



BUNDESTAGSWAHLKAMPF 2017 GÖLTZSCHTALVERBAND

Die Bundestagswahlen 2017 sind Geschichte. Es ist Zeit, einige Gedanken zu äußern. Die Einsatzbereitschaft der Genossinnen und Genossen war sehr hoch. Wir konnten so fast flächendeckend die Verteilung der Zeitungen und Faltblätter sichern. Es waren insgesamt 22 Mitglieder und Sympathisanten im Einsatz. Insgesamt wurden mehr als 8000 Zeitungen allein in Auerbach verteilt. Aber auch in Rode-wisch, Ellefeld und Falkenstein, Klingenthal und Schöneck gab es fleißige Helfer.

Wir müssen aber im Ergebnis sagen, dass wir viel zu viel Material hatten. In zunehmendem Umfang sind an den Briefkästen Aufkleber, die Werbung untersagen, Teilweise bei bis zu einem Drittel der Bewohner. Es ergibt sich daraus die Überlegung, weniger zu planen. Wir wollen ja nicht Altpapier produzieren. Insgesamt wurden durch uns 150 Plakate aufgehängt. Wenn man uns rechtzeitig Bescheid gegeben hätte, hätten wir gern auch noch Schöneck bestückt. Dort haben wir beim Verteilen von Flyern nur ein Plakat gefunden.

Insgesamt hätten wir uns einen besseren Informationsfluß gewünscht.

Die Genossinnen und Genossen im Kreisvorstand waren fleißig und gingen teilweise über ihre Kräfte. Warum haben sie aber unsere Angebote zur Hilfe nicht angenommen? Bei der Veranstaltung mit Rico Gebhardt haben die viel zu späten Einladungen einen größeren Erfolg verhindert.

Sehr gut war die Zusammenarbeit mit Maik Schwarz. Allerbesten Dank! Insgesamt wurden 8 Stände durchgeführt.

Die Diskussionen an den Ständen waren intensiv. Nur einige häufige Meinungen:

- DIE LINKE wird nicht mehr genug als Protestpartei wahrgenommen.
- Zu sehr stand die Diskussion um Regierungsbeteiligung im Vordergrund.
- Immer wieder wurde die klare Meinung von Sahra Wagenknecht hervorgehoben.

Von Bürgern, die in Plauen Petry gehört hatten und lobend die klaren Antworten von ihr hervorhoben, waren wir schockiert, wir ahnten schon die Wahlergebnisse. Ähnliche Diskussionen gab es auch beim Verteilen der Äpfel.

Wir sollten gut überlegen, welche Konsequenzen wir ziehen, wie wir den jetzigen Wählern der AfD, die nur ihre Unzufriedenheit mit der Regierung manifestieren wollten, es sind ja nicht alles Rechte, wieder überzeugen können, dass die LINKE ihre echte Interessenvertretung ist.

Es ist, um es einfach zu sagen - wir tragen keinerlei Verantwortung für das Erstarken der AfD. Wenn sich alle etablierten Parteien weigern, mit den frustrierten Bürgern zu reden, die ihrem Unmut Luft machen, gehen sie den Rechten auf den Leim. Wir meinen nicht die Anführer, die mit rechte Gebrüll aufwiegeln. Es geht um die Verführten, die glaubten, bei der AfD Hilfe zu bekommen. Sie haben sich das Nachdenken abgewöhnt. Auf vielen Gebieten scheint das auch von der Politik gewollt.

Wir müssen nachdenken und Wege finden, mit Bürgern ins Gespräch zu kommen. Das wird schwer, aber wir haben keine Wahl.

Ursula Mieth

BESUCH DER BÜRGERINITIATIVE PROKITAS-NEUMARK

In Neumark rumort es, oder vielmehr in seinen Ortsteilen Reuth und Schönbach. Eigentlich zwei friedliche ruhige Dörfer, in denen es nicht viel gibt, außer die Kindergärten. Und dabei wären wir auch schon beim Thema. Denn Neumarks Bürgermeister Ralf Fester hat in seinem Gemeinderat den Bau einer nagelneuen Kita eingebracht.

Grundsätzlich erstmal eine schöne Sache, glaubt man. Allerdings sollen durch die neue Kita, die zentral in Neumark entstehen soll, die örtlichen kleinen Kitas geschlossen werden. Teilweise sind diese jedoch erst 2015 mit Fördermitteln saniert worden. Vergleicht man zudem die Kosten, so ist der Neubau unter Abzug der verfügbaren Förderung sogar noch fast 50% teurer als die Sanierung.

Was am Vorgehen des Bürgermeisters jedoch besonders verwerflich ist, mit den betroffenen Bürgern wurde nicht gesprochen. Die kleinen, ländlichen Kitas waren für viele Eltern der Grund, aufs Land zu ziehen. Große Einrichtungen kommen für sie nicht in Frage. Mit den Kitas würden in den Ortsteilen Reuth und Schönbach außerdem die letzten verbliebenen öffentlichen Einrichtungen wegfallen. Dann würden sich dort Fuchs und Hase „Gute Nacht“ sagen.

Um für den Erhalt der kleinen Kitas zu kämpfen haben sich die Bürger nun zusammengeschlossen und sammeln Unterschriften. Solches Bürgerengagement wünsch ich mir überall. Auch eine Bürgerbefragung soll es nun zu diesem Thema geben. Den Neumarkern selbst würde ich ebenfalls emp-

fehlen für den Erhalt der kleinen Kitas zu stimmen, ihnen geht dabei nichts verloren. Im Gegenteil, auch die eher kleine Kita in Neumark könnte dann bestehen bleiben. Für die Kinder sind die kleinen, eher familiären Einrichtungen ohnehin besser als die eine große. Dem Bürgermeister rate ich indes, auch im Falle eines Unterschreitens des Mindestquorums bei der Bürgerbefragung, den Willen seiner Bürger zu respektieren. Wir als LINKE bleiben an dem Thema dran und unterstützen die Bürger, wenn sie uns brauchen.

Maik Schwarz

GEBHARDT VERKÜNDET PERSONELLE WEICHENSTELLUNG DER SÄCHSISCHEN LINKEN



Auf der kommenden 2. Tagung des 14. Landesparteitages der sächsischen LINKEN am 4. und 5. November in Chemnitz wird auch der Landesvorstand der Partei neu bestimmt. Vor diesem Hintergrund beriet am Freitagabend auch der Landesvorstand über den kommenden Parteitag. Dazu erklärt **Rico Gebhardt**, Landes- und Fraktionsvorsitzender der sächsischen LINKEN:

„Die Satzung der Partei DIE LINKE formuliert einen Anspruch: Kein Parteiamt soll länger als acht Jahre durch dasselbe Parteimitglied ausgeübt werden. Diesem Anspruch fühle ich mich persönlich verpflichtet. Deshalb dürfte es kaum überraschen, dass ich auf dem kommenden Landesparteitag nicht wieder als Landesvorsitzender kandidieren werde. Ich werde mich damit zukünftig auf den Fraktionsvorsitz im sächsischen Landtag konzentrieren. Gerade angesichts der kommenden Kabinettsumbildung und der zu erwartenden Zuspitzung in der landespolitischen Auseinandersetzung in den kommenden Jahren mit Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen 2019 sehe ich in dieser Konzentration große Vorteile. Dass Partei und

Fraktion von derselben Person geführt werden, ist in unserer Partei eine Ausnahmerecheinung. Nach fünf Jahren halte ich es deshalb für richtig, die Trennung von Partei- und Fraktionsführung wieder zu vollziehen.

Gegenüber Landesvorstand und Partei habe ich verdeutlicht, dass ich mir als meine Nachfolgerin im Amt der Parteivorsitzenden Antje Feiks wünsche. In ihrer Person verbinden sich Kontinuität in der politisch-organisatorischen Arbeit und Kenntnis der Landespartei mit zukunftsgerichteten Ideen zur parteilichen Erneuerung. Gerade jetzt ist sie deshalb die Richtige in diesem Amt.“

Antje Feiks, Landesgeschäftsführerin der sächsischen LINKEN ergänzt: „Ich habe stets klar gemacht, dass für mich der Anspruch unserer Satzung, der Anspruch unserer Partei auch Verpflichtung ist und ich deshalb als Landesgeschäftsführerin nicht mehr zur Verfügung stehen werde. Dennoch sehe ich die große Herausforderung an unsere Partei, sich für die Zukunft neu aufzustellen. Sehr klar zeichnet sich ein Bild eines immer stärkeren Stadt-Land-Gefälles. Es wird damit im-

mer schwieriger, unserem eigenen Anspruch gerecht zu werden, Partei für ganz Sachsen, für alle Regionen zu sein. Gleichzeitig haben wir einen Zustrom neuer Mitglieder. Deren Integration mit ihren Erwartungen und Wünschen in die künftige Parteiarbeit ist für uns ebenso große Aufgabe.

Ich bin bereit, diese Herausforderungen anzunehmen. Ich weiß aber auch, dass wir diese Herausforderungen nicht in ein oder zwei Jahren bewältigen werden. Es ist eine langfristige Aufgabe, welche die Partei im nächsten Jahrzehnt vor sich hat. Ich möchte mit der Partei gemeinsam die ersten Schritte machen, gemeinsam mit den Stadt- und Kreisverbänden und vor allen Dingen mit den Mitgliedern. Ich werde deshalb in den kommenden Wochen mit den Gliederungen und Mitgliedern der Partei über meine und – noch wichtiger – ihre Vorstellungen reden. Wenn ich, wenn wir das Gefühl haben, dass man gemeinsam diese Aufgabe gestemmt bekommt und die Partei dazu bereit ist, sich mit mir als Landesvorsitzenden auf diesen Weg zu begeben, stehe ich selbstverständlich für diese Aufgabe zur Verfügung.“ ~

GOLDENE HENNE FÜR VOGTLAND-KREIS?

oder war's doch nur die Blecherne...?

...angeblich, so munkelt man, für die glaubwürdig-realistischste Interpretation des Hahnemann-Songs durch einen geschröpften Bürgerchor: "Wo is mein Jeld nur jeblieben...? Worauf aus dem Landratsamt dann der höhnische Refrain erklingt: "Ja, wo, wo, wo?"

Viele ahnen, manche wissen es sogar - aber keiner spricht darüber, oder doch? Hatte ein Leser in der regionalen Presse folgendes gefragt: 2005 gab es Rücklagen in Höhe von 43,6 Mio € für Deponiesanierungen. Jetzt sind es noch 4,9 Mio. Ein Finanzloch? Die Frage an Herrn Landrat Keil: Wo ist das Geld geblieben? Ist es anderweitig verwendet worden...?

Die konkreten Vermutungen des Autors in all ihrer Deutlichkeit möchte ich mir ersparen - gebe ihm jedoch Recht in seiner Vermutung, dass der Bürger dies über höhere Müllgebühren wohl "deckeln" werden wird.

Unser Landrat indes hat sich zur "Lösung" des Problems seiner alten Tugend erinnert: "Spare mit jedem Cent (...koste es, was es wolle indes, wenn es um den neuen "Amtssitz" ging...).

Und so wird eben fröhlich weiter gekürzt - als hätte der finanzielle Kahlschlag in Sachen Bildung und Jugend, Sport und Kultur seinerzeit nicht gereicht. Und wieder sind es Kinder- und Jugendeinrichtungen - ohnehin vorwiegend ehrenamtlich betrieben - die kaputtgespart werden sollen. Ratsch und ade - haben sie

doch keine Lobby. Ach ja, Frau Yvonne Magwas, CDU, MdB mit ihren großmauligen Wahlversprechungen? Hier wäre doch Gelegenheit, den heren Worten Taten folgen zu lassen. Aber es bleibt wohl alles beim Alten: Gewissenlos kürzen - bei denen, die sich nicht wehren können.

Vielleicht aber sollten wir einfach den Landrat gegen den Reichenbacher OB austauschen. Da passt zumindest der Name: Kürzinger.

Obwohl - wäre natürlich schade um den wohl positiven Finanzhaushalt der Neuberinstadt. Und ob meine ehemaligen Mitbürger sich dann solcherart "rumkeilen" wollen... Am Ende das stolze Neuberinporträt gar gegen ein Känguruh auszutauschen (große Sprünge mit leerem Beutel...). Das überlassen sie dann doch lieber dem Verwaltungspalast da in Plauen mit dem Guldernen Löwen.

Ach ja, das mit der Goldenen Henne: Habe ich mich doch dem Stil Ihres Autors anzupassen versucht - und so werden manche Passagen durchaus satirisch anmuten. Ausdrücklich beabsichtigt. Wesentliches hingegen habe ich durchaus verdammt ernst gemeint.

In diesem Sinne Ihr

Jürgen Böhm

NEIES VON DAR META

Ne Mittwochnochmittooch, kurz vor Sechse, komme de Meta un iehr Maa vom Schwammesung haam un freie siech, weil se su Viele un scheene Staapilz, Rothaadler un Maroner gefunne hamm. Doo klingelt pletzlich zur ungewohntn Zeit es Telefon. „Geh ner du nah, dess kaa doch blooß die Plausche Freindin Meta sei,“ soocht iehr Maa.

Kaum de Meta abgehoom, schnattert de Neideiteln drauf los. „Dreh ner glei moll es Radio ei. Unner MP Tillich is in Dresden zurückgetretn. Un dor Gipf'l is, dess dor Kretzschmar, der siech großspurig CDU-General-sekeretär schimpft, un bei der letzten Wahl in hoh'n Boong aus ne Bundestoo gefloong is, sei Nachfolger wern sell!

„Woas“, soocht de Meta. „Der war bei de Leit in sein Wahlkreis so „beliebt“, dess de Wähler lieber so en Gaungstiefel, der fier e AfD als Direktkandidat geng ne Kretzschmar aagetreten is, gewählt hamm. Statt als Verlierer nooch fuffzehn Goahrnen Bundestooch endlich e moll miet Hack un Schaufl auf Arbeit ze geh, is der wie e Katz, die irgendwo runterfliescht, unversehrt auf allen Viern aufkomme.“

„Su, isses halt in dor Politik“, maant de Neideiteln, „die's aa moll geschafft hamm, kriste nimmer los. Die sei wie de Scheißhausflieng, zen Stuumfenster schmeißst se naus un zen Küchnfenster flieng se widder rei!“

Dieter Riedler



Monatlich authentische Informationen aus Kuba und Lateinamerika!

Jetzt abonnieren!

deutsche Ausgabe
12 Ausgaben/Jahr
ab 18 €

www.jungewelt.de/granma

DARF ES NACH DER BUNDESTAGSWAHL 2017

"Wir müssen Antworten auf die Frage liefern, wie wir gegen den dumpfen braunen Populismus ankämpfen können und warum wir in Ostdeutschland nicht mehr als Alternative zur herrschenden Politik wahrgenommen werden, sondern diese Alternative in der AfD gesehen wird" heißt es in der

Mitgliederinformation "Lasst uns reden: Wahlauswertung der LINKEN Sachsen zur Bundestagswahl 2017" (Verfasser Rico Gebhardt und Antje Feiks). Das macht Mut, nicht nur zu untersuchen, inwieweit sich unsere Wahlstrategie bewährte, sondern auch zu fragen, in welchen Positionen sie versagt hat und korrigiert werden muss!

Unsere Parteifunktionäre auf Bundes- und Landesebene betonen immer wieder, dass wir unseren Bürgern zuhören müssen. Das ist unverzichtbar, denn ohne eine realistische Einschätzung verbreiteter Stimmungen und Meinungen ist es unmöglich, eine erfolversprechende politische Strategie und Taktik zu erarbeiten.

Gespräche an den Wahlkampfständen, im Bekanntenkreis, in der Öffentlichkeit haben in erschreckender Weise ein großes Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit offenbart: "Die werden besser versorgt als unsere Jugend", "die nehmen uns Arbeitsplätze und Wohnungen weg", "die wollen sich gar nicht integrieren", "die meisten sind kriminell", fast immer verbunden mit der Forderung, unsere Grenzen zu schließen.

In der Wahlstrategie für die Bundestagswahl 2017 wurde diese Situation erkannt: "Seit Monaten dominieren in der öffentlichen Debatte die Themen Terrorbedrohung, innere Sicherheit, Europa, Flüchtlingspolitik, Türkei, Kriege und internationale Krisen. ... Vieles macht den Menschen Angst." Auch die damit verbundene Gefahr wurde zutreffend gekennzeichnet: "Es ist eine große Herausforderung der LINKEN, dass aus Abstiegsangst, sozialen Sorgen und Frust keine rechte, natio-

nalistische und rassistische Ideologie übernommen wird." Richtig wurde auch eingeschätzt, dass gerade Bürger in prekären Verhältnissen oder Bürger mit Abstiegsängsten besonders empfänglich für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind. Dementsprechend wurde vom Parteivorstand die Losung "Hoffnung statt Angst" zum Leitgedanken der Wahlstrategie gewählt und erklärt: "Entscheidend ist, dass sich der gesellschaftliche Diskurs verschiebt: weg von den Angstdebatten, weg von den Erzählungen, die das Spiel der Rechten betreiben, hin zu den realen Problemen der Menschen - Arbeit, Rente, Armut, Gesundheit, Miete, kurz: soziale Unsicherheit - und zu den Zukunftsfragen der Gesellschaft."

Das war zweifellos richtig. Das Problem besteht nach meiner Überzeugung aber darin, dass dabei nicht zu den Ängsten der Bürger Bezug genommen wurde, die Befürchtungen der Bürger spielten in der Parteistrategie keine Rolle! Selbst die Nennung von Problemen, die ein Großteil unserer Bürger - berechtigt oder unberechtigt - durch die Aufnahme von Geflüchteten sehen, wurde - und wird auch heute noch - als "Fischen in den Gewässern der AfD" gebrandmarkt. Mit schlimmen Folgen!

Verkannt wurde meines Erachtens:

(1.) Auch Probleme der inneren Sicherheit und die Sorge vieler Menschen um die innere Sicherheit unseres Landes sind reale Probleme.

(2.) Die Wirkung der im Wahlprogramm proklamierten sozialen Ziele, die unseren Bürgerinnen und Bürgern diese Sorgen nehmen sollten, wurde überbewertet: Viele schätzen zwar unser Eintreten für soziale Gerechtigkeit, die meisten trauen uns aber nicht zu, dass wir die dafür erforderlichen und proklamierten Ziele und Aufgaben umsetzen können. Woher z.B. wollen wir eine Mehrheit für unser Steuerkonzept gewinnen, mit dem wir unserer Forderungen finanzieren wollen?

Die Orientierung auf unsere Sozialpolitik war also kein Selbstläufer, der Bürger davon abhielt, Rechten ihre Stimme zu geben! Daraus müssen wir lernen!

(3.) Und zur Realität gehört auch: Bei einer menschenwürdigen Politik unserer Regierungen in Bund und Ländern und bei höherer Akzeptanz für die Aufnahme Geflüchteter durch unsere Bevölkerung könnten wir zwar weit mehr Flüchtlinge und Einwanderer aufnehmen und integrieren als wir das jetzt tun und als das für die Zukunft geplant ist, trotzdem ist die Forderung "Bleiberecht für alle" unrealistisch.

Sahra Wagenknecht hat recht: Man habe es der AfD überlassen, "bestimmte Dinge anzusprechen, von denen die Menschen einfach erleben, dass sie so sind." Wenn unsere Partei ihre bisherige Strategie fortsetzt, würden wir in Sachsen das Risiko eingehen, dass die Landtagswahl 2019 kein besseres Ergebnis als die Bundestagswahl 2017 bringt. Außerdem würden wir Auseinandersetzungen mit falschen und menschenfeindlichen Auffassungen unserer Mitbürger erschweren.

Wir müssen Debatten mindestens zu folgenden Problemen und Forderungen führen und Konzepte für die Lösung aktueller und voraussichtlich sich weiter verschärfender Probleme entwickeln:

(1.) Wir müssen dafür werben, dass unsere Bürger*innen höhere Ansprüche an die sachliche Richtigkeit von Faktenaussagen und die Allgemeingültigkeit von Wertungen stellen, die sie übernehmen oder treffen: Es ist z.B. falsch, dass der Staat Flüchtlinge und Einwanderer besser versorgt als etwa Hartz IV-Empfänger oder Rentner, und es trifft nur in Einzelfällen zu, dass Geflüchtete kriminell werden. Unseren Bürgern muss auch auffallen, dass Geflüchtete gerade in Gebieten vehement abgelehnt werden, wo es gar keine Erfahrungen im Umgang mit Geflüchteten gibt!

EIN "WEITER SO" FÜR DIE LINKE GEBEN?

(2.) Die Genfer Flüchtlingskonvention ist internationales Menschenrecht und eine humanistische Vorgabe unseres Grundgesetzes. Eine Obergrenze für Flüchtlinge darf es deshalb nicht geben! Wer sie fordert, egal ob als "Obergrenze" oder als Zahl, nimmt in Kauf, dass die Bundesrepublik Deutschland als Unrechtsstaat wahrgenommen werden muss.

(3.) Dass wir in einer globalisierten Welt leben ist Fakt! Und die reichen Industrieländer, also auch wir, profitieren durchaus von der Globalisierung: Wenn wir unsere Textilien, unsere Unterhaltungselektronik, unsere Nahrungsmittel selbst herstellen müssten oder wenn sie zu Preisen, die bei uns gelten, produziert werden müssten, würde unser Lebensstandard auf einen Bruchteil unseres derzeitigen Lebensniveaus sinken. Und das wissen die Menschen der dritten Welt, denn Internet ist auch ihnen zugänglich. Katja Kipping macht in ihrem Buch "Wer flüchtet schon freiwillig" darauf aufmerksam: "Unsere Welt befindet sich im Wandel, und die Flüchtenden sind Boten dieses Wandels ... die Geflüchteten ... setzen die Verteilungsfrage im globalen Maßstab auf die Agenda. ... Flucht ist oft eine Reaktion auf die breite Ausbeutung und Verwüstung ganzer Landstriche im globalen Süden." "Der Slogan der Refugee-Bewegung 'Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört' drückt genau diese Einsicht aus." (ebenda S. 14 f.). "Weltgeschichtlich gesehen ist das Megathema der nächsten 30 Jahre nicht mehr Ökologie und nicht mehr nachhaltige Entwicklung, sondern Ungleichheit", heißt es in der Studie "Wachstum im Wandel" der Bertelsmann Stiftung (zitiert aus "Fit für die Katastrophe?" von Thomas Gebauer im ND vom 02./03. 09.2017).

Wir haben deshalb nicht nur die Pflicht zur Solidarität, sondern tragen vor allem kollektiv eine Verantwortung für die Menschen, auf deren Kosten wir einen Großteil unseres Lebens bestreiten!

(4.) Linke dürfen nicht akzeptieren, dass Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrinken, in der Wüste verdursten, unter unmenschlichen Bedingungen in den Grenzlagern der EU in Griechenland und Italien vegetieren, in verbrecherischer Weise in Lagern von Libyen gefoltert und zu Sklavenarbeit und Prostitution gezwungen werden! Wer fordert, Geflüchtete nicht über die eigene Grenze zu lassen, billigt diese Zustände!

(5.) Bei einer Geburtenrate von derzeit 1,4 brauchen wir Flüchtlinge und auch Einwanderer. Sonst würde sich Deutschland tatsächlich "abschaffen".

(6.) Grundlegend muss uns von AfD, von Pegida und ähnlichen rechtspopulistischen Protestbewegungen unterscheiden, dass wir willens sind, uns den Problemen zu stellen, die mit Aufnahme und Integration von Geflüchteten natürlicherweise verbunden sind!

Probleme erwachsen z.B. daraus, dass Geflüchtete

- aus anderen Kulturkreisen kommen, andere Wertvorstellungen und Lebensgewohnheiten haben,

- sich Illusionen auf Grund falscher Versprechungen vor allem von Schleusern machen, z.B.: Jeder erhält ein Haus und Arbeit oder Sozialhilfe, die Familie kann nachziehen, alles ist gut in Europa.

- Manche glauben, in eigenen Stadtvierteln wohnen zu können (wie Chinesen in Chinatown, Türken in türkischen Stadtvierteln), ohne sich integrieren zu müssen.

- Viele Geflüchtete kommen aus Ländern mit mangelhaften oder fehlenden staatlichen Strukturen und sind deshalb nicht daran gewöhnt, Regeln einzuhalten. Für viele ist z.B. völlig unverständlich, dass sie sich in einem bestimmten Gebäude eines bestimmten Ortes aufhalten sollen, obwohl sie Verwandte und Bekannte in anderen Orten Deutschlands haben.

- Die meisten Geflüchteten sind hoch verschuldet: Die Großfamilie oder das gesamte Dorf hat das Geld für die Flucht, zum Teil geborgtes Geld, zusammengelegt und den für die Flucht Ausgewählten beauftragt, das Geld zeitnah zurückzusenden. Wenn der Ausgewählte das nicht tut, verliert er seine Ehre. Falls der Geflüchtete regulär keine Arbeit bekommt, wird er eventuell versuchen, illegal Geld zu beschaffen, er lässt sich dann auch für Handel mit Drogen oder sogar für Diebstahl werben.

- Mit den Flüchtenden reisen natürlich auch "Rächer" und Terroristen ein.

- Auffällig ist allerdings, dass ein Großteil bisheriger Terroristen sich erst in zweiter oder sogar dritter Generation dazu entwickelt hat: Stigmatisierung, Diskriminierung und Ausgrenzung machen Betroffene in besonderer Weise verführbar für Islamismus und Terrorismus.

(7.) Natürlich müssen wir gleichfalls nachdrücklich fordern, dass die Lasten der Zuwanderung nicht vor allem jenen aufgebürdet werden, die ohnehin bereits die Verlierer der steigenden Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen in Deutschland sind.

Die Erkenntnis dieser Probleme, der Mut, sie zu benennen und der Vorsatz, sich diesen Problemen zu stellen, darf nicht als Abweichung von flüchtlingspolitischen Positionen der LINKEN gewertet werden! Neben ihrer Forderung, vor allem Fluchtursachen zu bekämpfen, verteidigt DIE LINKE konsequent das Recht auf Asyl und setzt sich für eine von Humanität getragene Einwanderung ein!

Dorothea Wolff

SELBST VERURSACHTER KRACH IM DEUTSCHEN POLITGYMNASIUM

Man kennt das ja noch aus der Schulzeit: Die Sitzordnung im Klassenzimmer ist eine heikle Angelegenheit. Niemand will neben den Doofen sitzen, neben den Rüpel, den Peinlichen. Denn wenn man sich einmal darauf einlässt, wird man diesen blöden Nachbarn das ganze Schuljahr nicht mehr los. Deshalb musste sich der Ältestenrat des Bundestags schon mehrfach mit der Frage befassen, wo die AfD im Plenarsaal Platz finden soll. Beziehungsweise wer neben ihr sitzen muss.

Denn irgendjemand muss ja. Aber keiner will. Och nö, sagt die eine Fraktion. Igitt, ruft die nächste. Warum gerade ich, fragt die dritte. Könnte man nicht wenigstens den Gang dazwischen verbreitern, schlägt die vierte vor. Oder einen kleinen Zaun rings rum bauen, ergänzt die fünfte.

Dabei sind die bisherigen Schüler des Polit-Gymnasiums Deutscher Bundestag selber an der Misere schuld. Hätten sie ihre Arbeit richtig gemacht, dann hätte der Wähler ihnen die neuen ungeliebten Mitschüler gar nicht erst aufs Auge gedrückt.

Also sprach Oberstudienrat Lammert streng: Ihr setzt euch dahin, wo ich es sage. Basta. Aber nur für die erste Stunde, riefen die Klassensprecher. Von mir aus, stöhnte Lehrer Lammert und freute sich schon auf seine baldige Pensionierung.

Dieter Riedler

ICH BRAUCHE DICH!

Eine gute Zeitung braucht gute Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter!

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich lebe von guten Inhalten. Hilf mir, dass ich weiter bestehen kann und
interessant bleibe.

Vielen Dank! Deine Zeitung

Der Vogtlandbote

SOZIALFORUM GÖLTZSCHTAL

11. Dezember 2017

18.00 bis 19.30 Uhr

Klubraum der AWG Auerbach
(08209 Auerbach, Eisenbahnstr. 32)

"Mut zur Änderung"

Mit 15 Forderungen hat der
„Paritätische Wohlfahrtsverband“
dem Hartz IV-Gesetz den Kampf
angesagt.

Wie mutig sind diese Forderungen?

Ganz herzlich eingeladen sind alle
sozial engagierten und betroffenen
Bürger.

www.sozialforumgoeltzschtal.de

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Unter

www.dielinke-vogtland.de/presse

finden Sie den jeweilig vorgesehe-
nen Erscheinungstag des Vogtland-
boten. Ebenso eine digitale Ausgabe.
So können Sie sich aktuell und als
Erste informieren!

Hier können Sie auch vorhergehen-
de Ausgaben nachlesen!

Bedenken Sie bitte, dass sowohl die
Erstellung als auch die Verteilung
der Papierausgabe nur durch ehren-
amtliche Helfer erfolgen. Somit kann
sich eine Zustellung in Ihrem Brief-
kasten auch mal etwas verzögern.
Und – die Druckausgabe könnten
Sie dann auch Nachbarn oder Be-
kannten weitergeben!

INTERESSANT?!

*In Deutschland leben rund 21 Prozent
aller Kinder mindestens fünf Jahre
dauerhaft oder wiederkehrend in
Armut. Weitere zehn Prozent befinden
sich an der Grenze zwischen
dauerhaft gesicherter und nicht
gesicherter Lage und rutschen immer
wieder in Armut.*

Bertelsmann-Studie zur Kinderarmut

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland
der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im
Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der
Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustel-
lung kann erfolgen gegen einen Unkostenbei-
trag und Erstattung der Portokosten (gesamt
2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58
870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE
LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spen-
de Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o
DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523
Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redak-
tion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss
dieser Ausgabe: 18.10.2017, Redaktions-
schluss der nächsten Ausgabe: 16.11.2017.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die
Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinn-
während zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild
oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe
ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten.
V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogt-
land, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.